

Klaus Schittich

Lichtenbergstr. 5a
79114 Freiburg

31. Juli 2025

Ministerin der Justiz der Republik Lettland
Frau Dr. jur. Inese Lībiņa-Egnere

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Ministerin,

bitte sehen Sie mir nach, dass ich Ihnen auf Deutsch schreibe. Meine Unhöflichkeit wiegt vielleicht weniger schwer, so hoffe ich, weil Sie eine Zeit lang in Deutschland und mit der Sprache dieses Landes gelebt haben. Zudem kommt dieser Brief aus Freiburg, einer Stadt, mit der Sie hoffentlich gute Erinnerungen verbinden.

Mein Name ist Klaus Schittich, ich bin Oberstudienrat i. R. und habe mich Jahrzehnte lang in der politischen wie zivilgesellschaftlichen Friedens- und Menschenrechtsarbeit engagiert. Meine Frau und ich waren bis kurz vor ihrem Tod im Jahre 2017 etliche Jahre im Auftrag der damaligen, in San Francisco ansässigen Association of World Citizens ehrenamtlich bei der UNO in Wien als NGO-Akkreditierte tätig.

Als Außenstehendem steht mir nicht zu, mich in die Politik Ihres Landes einzumischen, Kritik zu üben, Schuldige ausfindig zu machen – seien Sie versichert, dass ich mir dessen bewusst bin.

Ich möchte mich dennoch an Sie wenden, aufgrund meiner Sorge für Menschenrechte und Menschlichkeit bezüglich des Falles Tatjana Andrijeca. Es ist eine zweifache Besorgnis, die mich dazu geführt hat, Ihnen zu schreiben.

1. Meine Besorgnis stützt sich auf den Fall der Studentin **Tatjana Andrijeca** aus Riga, der mir durch persönliche Kontakte zu Freundinnen und Freunden meiner verstorbenen Frau recht gut vertraut ist.

Mir stellt sich der Fall so dar:

2023 war Tatjana Andrijeca, offenkundig auf Betreiben des Staatssicherheitsdienstes Ihres Landes (VDD), acht Monate in Haft, als Warnung an diese junge Frau, der staatsgefährdende Umtriebe unterstellt wurden.

Im Mai 2025 wurde ihr Verfahren in der Hauptsache in einer Weise eröffnet, die rechtsstaatlichen Maßstäben kaum standhalten kann. Obwohl wegen psychischer Erschöpfung – wohl aus Angst vor der anstehenden Gerichtsverhandlung – in einem Krankenhaus befindlich, wurde sie dort am 8. Mai überfallartig, mit 10 Mi-

nuten Vorankündigung, vor einen Bildschirm beordert. Die Verhandlung wurde ohne anwaltlichen Beistand und ohne Beachtung der Nicht-Verhandlungs-Fähigkeit der akut Erkrankten online eröffnet. Erschüttert hat mich der menschenverachtende Zynismus, mit dem der Richter Feldmanis der jungen Frau begegnete. Auf deren Einwand, sie sei im Krankenhaus, nicht verhandlungsfähig und nicht auf die Verhandlung vorbereitet, hielt er ihr entgegen, es sei doch ihre Entscheidung gewesen, sich ins Krankenhaus zu begeben und es sei ihre Entscheidung, wie lange sie sich auf die Verhandlung vorbereite. Dabei war dem Richter bekannt, dass Tatjana Andrijeca mit einem Rettungswagen in die Klinik verbracht worden war.

In der jetzigen Phase der Verhandlung wird Frau Andrijeca völlig unbegründet vorgeworfen, sie habe eine staatsgefährdende Organisation in Form eines TELEGRAM-Channels gegründet, und zwar die „Baltic Antifascists“. Dabei bleibt völlig außer Acht, dass die beiden Betreiber des Channels in Russland gerichtsfest aussagen, dass Tatjana Andrijeca nichts mit ihrem Channel zu tun hatte oder zu tun hat.

Es stellt sich der Eindruck ein, der VDD bestehe darauf, dass an dieser völlig unschuldigen jungen Frau ein Exempel statuiert wird – zur Abschreckung aller. Nach den Gesetzen Ihres Landes droht Tatjana Andrijeca eine lebenslange Haftstrafe.

2. Aus meiner Sicht würde eine erneute Inhaftierung Tatjana Andrijecas einer Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht standhalten. Es wäre fatal, wenn Ihr schätzenswertes Land in den Ruf käme, ein Unrechtsstaat zu sein. Das kann niemand wollen, das wollen meine Freundinnen und Freunde hier in Deutschland nicht, das will ich nicht.

Als Außenstehendem steht mir nicht zu, etwas von Ihnen zu fordern, sehr geehrte Frau Ministerin. Ich kann Sie nur bitten, alles zu tun, damit Tatjana Andrijeca keinem Unrechtsurteil unterworfen wird, sondern dass das Verfahren gegen sie umgehend eingestellt wird. Ebenso bitte ich Sie, die Freilassung aller politischer Gefangener in Ihrem Land zu betreiben.

Um beides bitte ich Sie auch im Namen meiner Kontakte und aus Gründen der Humanität, die ihren Niederschlag in den Werten gefunden hat, die u. a. in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankert sind. Sie umfassen: die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören.

Lassen Sie mich bitte abschließend aus meiner tiefsten Überzeugung heraus Folgendes sagen. Ich hielte es für großartig, wenn Sie staatlicherseits diejenigen

unterstützten, die sich gewaltfrei für gegenseitigen Respekt, Ausgleich der Interessen und Versöhnung einsetzen. Ich bin davon überzeugt, dass Tatjana Andrije-
ca als lettische Staatsbürgerin zu denen gehört, die sich für einen respektvollen
Ausgleich der Interessen und für Versöhnung einsetzen.

Bitte helfen Sie dieser intelligenten, integren, lebensbejahenden jungen Frau, ihr
Land uneingeschränkt zu lieben und zu vertreten, so wie es ist. Helfen Sie mit,
aus dieser Frau eine integrative, versöhnende, öffentliche Figur zu machen, die
ihrem Land gut tut. Denn – wie ich den Briefen entnehme, die sie mir geschrie-
ben hat – das möchte sie, ihrem Land gut tun. Sonst hätte sie es möglicherweise
längst verlassen. Ich bin mir sicher, ich täusche mich nicht in Tatjana Andrije-
ca.

Für eine Antwort von Ihnen wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen aus Freiburg

Ihr

(handschriftlich)

Klaus Schittich